

Antrag

beschlossen von der 197. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 6. November 2025

Millionärssteuer als Beitrag zur Gemeinwohlfinanzierung

In einer Zeit wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit, staatlicher Budgetkrise und damit verbundener großer finanzieller Herausforderungen für Bildung, Soziales, Pflege, Gesundheit und Infrastruktur wird deutlich: Es braucht neue Einnahmequellen, die nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip wirken und sozial ausgewogen sind. Außerdem müssen Steuerschlupflöchern und Umgehungskonstruktionen wirksam entgegengewirkt werden.

In Österreich tragen fast acht von zehn Euro der Staatseinnahmen Arbeit und Konsum. Vermögen und Kapitalerträge hingegen werden kaum besteuert. Während durchschnittliche Arbeitseinkommen mit 47 Prozent Abgaben und Steuern belastet werden, werden Erträge aus Kapitalanlagen gerade einmal mit 27,5 Prozent besteuert. Wird Vermögen vererbt, geschieht das sogar steuerfrei. Gerade einmal rund 1,4 Prozent des Steueraufkommens stammt aktuell aus der Besteuerung von Vermögen. Dabei besitzt das reichste Hundertstel der Bevölkerung laut Momentum Institut etwa die Hälfte des gesamten privaten Nettovermögens. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten, öffentliche Aufgaben wachsen – und der finanzielle Spielraum schrumpft.

Diese Schieflage ist nicht nur sozial ungerecht, sie ist auch wirtschaftlich ineffizient. Wenn Einkommen aus Arbeit immer stärker belastet werden, während große Vermögen steuerfrei anwachsen, gefährdet das langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade in Zeiten hoher Inflation und wachsender sozialer Spannungen braucht es eine gerechtere Verteilung der Lasten.

Eine Millionärssteuer – also eine moderate Besteuerung sehr großer Privatvermögen – kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten. Schon eine Abgabe auf Vermögen über einer Million Euro würde laut Berechnungen des Momentum Instituts jährlich mehrere Milliarden Euro in das Budget bringen. Eine zusätzliche Erbschaftssteuer für Großvermögen könnte weitere Milliarden generieren – ohne kleine Erbschaften zu belasten.

Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass Österreich ein Nachzügler ist: Während die meisten Industriestaaten über vermögensbezogene Steuern verfügen, entgehen unserem Land laut Schätzungen bis zu 7,4 Milliarden Euro jährlich, weil die Reichsten kaum beitragen. Allein die zehn größten Vermögen könnten mit einer progressiv gestalteten Vermögenssteuer rund 5,5 Milliarden Euro einbringen – also mehr, als durch viele aktuelle Sparprogramme zusammenkommen soll.

In den kommenden Jahrzehnten wird ein beispielloses Ausmaß an Vermögen vererbt – hunderte Milliarden Euro, zum Großteil steuerfrei. Diese unangetastete Weitergabe von Reichtum verschärft die soziale Ungleichheit weiter. Während sich junge Familien schwertun, leistbaren Wohnraum zu finden oder eine Pension aufzubauen, wächst der

Reichtum am oberen Ende der Skala rasant weiter – oft ohne jede gesellschaftliche Gegenleistung.

Eine Millionärssteuer ist daher kein Angriff auf Wohlstand, sondern ein Beitrag zur sozialen Fairness und Zukunftssicherung. Sie entlastet jene, die arbeiten, und verpflichtet jene, die über außergewöhnlichen Reichtum verfügen, angemessen zum Gemeinwohl beizutragen.

Zudem verliert Österreich jährlich Milliarden Euro durch Steuervermeidung und -hinterziehung, die durch multinationale Konzerne und Vermögende verursacht wird. Schätzungen der AK zufolge beläuft sich der jährliche Verlust auf bis zu 15 Milliarden Euro, wobei der Großteil auf die Steuervermeidung und Hinterziehung von Unternehmen zurückzuführen ist. Es braucht Maßnahmen, um Schlupflöcher wie bei Luxusimmobilien, über Stiftungen, oder Umgehungsstrukturen mittels Konzernzentralen im Ausland zu schließen, ebenso gegen nicht deklarierte Umsätze, Umsatzsteuerbetrug und Scharzbeschäftigung.

Zwei Drittel der Bevölkerung befürworten laut Studien eine Vermögenssteuer – weil sie verstehen, dass Gerechtigkeit nur dann funktioniert, wenn alle ihren fairen Beitrag leisten. Die AK Vorarlberg tritt daher entschieden für eine Millionärssteuer ein. Nicht, um Wohlstand zu bestrafen – sondern um sicherzustellen, dass er auch den vielen zugutekommt, die ihn tagtäglich mit ihrer Arbeit erst ermöglichen.

Die 197. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert von der Bundesregierung und den politischen Entscheidungsträger:innen:

- die Einführung einer Millionärssteuer auf große Vermögen über 1 Million Euro mit moderaten, progressiv gestaffelten Sätzen.
- die Befreiung selbstgenutzter Eigenheime bis zu einer Luxusgrenze von 1,5 Millionen Euro,
- eine zielgerichtete Verwendung der Einnahmen für Bildung, Pflege, Gesundheit und Infrastruktur – nicht für allgemeine Budgetkonsolidierung,
- eine langfristige Verschiebung der Steuerstruktur, hin zu mehr Besteuerung von Vermögen und Kapital statt Arbeit und Konsum,
- eine transparente Kommunikation und Bürger:innenbeteiligung bei der Ausgestaltung solcher Modelle,
- sowie die Bekämpfung von Steuerumgehungsstrukturen und Steuerhinterziehung.